

Bündnis für Kinder und Familien in Niedersachsen e.V.
Kita-Volksinitiative
Max-Eyth-Str. 40
30173 Hannover
info@buendnis-fuer-kinder-nds.de



Hannover, 7.11.2016

OFFENER BRIEF

an alle Mitglieder des niedersächsischen Landtags

120-Millionen-Programm: Land macht Rückzieher und lässt Zukunft der Kindergärten im Ungewissen

Sehr geehrte Mitglieder des niedersächsischen Landtags,

im Kommunalwahlkampf im September 2016 titelte die HAZ:

Land gibt Geld für bis zu 1500 Kita-Stellen

Regierung reicht Mittel des Bundes für Integration von Flüchtlingen weiter / Städtetag: Zu kurzfristig gedacht

VON MICHAEL B. BERGER

HANNOVER. Das Land Niedersachsen

Ländern vereinbart worden ist. „Integration durch Bildung ist unser Hauptmotiv“, sagte Heiligenstadt, als sie ges-

qualifiziert werden. „Dies kommt beispielsweise für Tagesmütter infrage, die eine Ausbildung im Umfang von

Niedersachsen hatte im vergangenen Jahr rund 100 000 Flüchtlinge aufgenommen. Davon waren rund zwei Drit-

Die Pressemitteilungen aus der Staatskanzlei und dem Kultusministerium kündigten an, vorerst 120 Millionen Euro für Kita-Personal in den beiden Jahren 2017 und 2018 investieren zu wollen, um Teilhabe und Sprachförderung zu unterstützen. Hierdurch sollte der Einstieg in die dritte Kraft im Kindergarten erfolgen und durch die Qualifizierung der quereinsteigenden Drittkräfte eine Maßnahme gegen den Fachkräftemangel ergriffen werden. Der Ministerpräsident wurde so zitiert, dass er nach Auslaufen der Bundesgelder ab 2018 das Land in der Pflicht sehe, die Kosten weiter zu tragen.

Das Bündnis der Kita-Volksinitiative hat seitdem in freudiger Erwartung auf die entsprechende Richtlinie gewartet, um diesen so wichtigen Schritt öffentlich verbreiten zu können.

Und nun? Nach unserem jetzigen Kenntnisstand ist dies hinfällig geworden. Jetzt heißt es, die Kommunen können entscheiden, ob sie das Geld in zusätzliches Kita-Personal oder aber in den Krippenausbau stecken! Wir sind überrascht und finden es unglaublich, dass von der offiziellen Ankündigung in eine bessere Qualität der Kindergärten zu investieren, jetzt nach den Kommunalwahlen nicht mehr viel übrigbleibt. In vielen Gesprächen mit politischen Verantwortungsträgern wurde den Forderungen der Kita-Volksinitiative immer wieder entgegnet „Wir investieren in Qualität, sobald wir Gelder vom Bund bekommen“. Jetzt ist Geld da und wieder wird nur der Ausbau finanziert.

Die Politik setzt fort: Quantität vor Qualität. Das ist unerträglich.

Die jetzige Landesregierung hat in den letzten Jahren einiges in den Kita-Bereich investiert und den Stufenplan zur Einführung der sogenannten dritten Kraft in Krippen eingeführt. Dazu konnte sie auf Bundesgelder für den Krippenausbau, auf die freigewordenen BAFÖG-Gelder, das Betreuungsgeld und jetzt auf die Integrationspauschale des Bundes zurückgreifen. Außerdem verfügt das Land Niedersachsen weiterhin über umfangreiche Steuereinnahmen.

Die zahlreichen Lippenbekenntnisse über alle Parteien hinweg, wie wichtig die Verbesserung der personellen Ausstattung im Kindergarten ist, enden meistens mit dem Nachsatz, dass sie leider nicht zu finanzieren seien. Das können wir nicht mehr hören. Die Einnahmen sind da – was fehlt, ist der politische Wille!

Krippenausbau ist nötig. Ja, keine Frage. Für den Krippenausbau stehen aber auch ab 2017 erneut Bundesgelder zur Verfügung. Der bedarfsgerechte Krippenausbau wird noch viele viele Jahre andauern. Prognosen zufolge wird auch in den westlichen Bundesländern eine Krippenquote von über 60% irgendwann Realität sein. In Niedersachsen haben wir die 30% noch nicht erreicht.

Aber: Es ist mehr als fraglich, ob neue Krippen bei dem bestehenden Fachkräftemangel überhaupt betrieben werden können. Da haben wir dann tolle neue Krippen, die leer stehen und die Kommunen können sich bequem zurücklehnen. Das neue Bundesurteil hält ja anscheinend einen wunderbaren Ausweg für die Kommunen bereit: Die Eltern können auf Schadensersatz klagen, wenn sie keinen Krippenplatz bekommen. Wenn die Kommune jedoch Plätze bereithält, aber keine Fachkräfte für den Betrieb findet, dann haben die Eltern einfach Pech gehabt.

Dafür sollen jetzt die 120 Millionen erhalten? Neubauten für ferne Zeiten – die, falls die jetzige Schüler/-innen-Generation sich auf den schlecht bezahlten und stressigen Erzieher/-innenberuf stürzen sollte, irgendwann mal betrieben werden?

Außerdem: Dass es sich hierbei um Bundesgelder für die Integration, Teilhabe und Sprachbildung handelt, interessiert anscheinend gar niemanden. Die vormals geplante Investition in die Fachkräfte machte da deutlich mehr Sinn. Eine Verbesserung des Fachkraftschlüssels zum einen und die Ermöglichung des Quereinstieges über berufsbegleitende Qualifizierungsmaßnahmen zum anderen würden den bestehenden Kindergartengruppen und schließlich auch dem ganzen Berufsfeld zugutekommen.

Nur so funktioniert Teilhabe. Seit Jahren wird auf Qualitätsverbesserungen durch eine Kitagesetz-Novellierung verwiesen. Davon ist nichts mehr zu hören! Und jetzt ist auch das Versprechen, die Bundesgelder für Integration in Qualität zu investieren ist, gebrochen worden.

So kann Bildungspolitik doch nicht gelingen: hoffen, dass einem die Gelder in den Schoß fallen, schnell ausgeben für das, was sowieso stattfinden muss und ansonsten „alles weiter wie gehabt“?

Mit freundlichen Grüßen

gezeichnet Oliver Stockmann

Bündnis für Kinder und Familien in Niedersachsen e.V. /Kita-Volksinitiative